



Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe 11 – Dezember 2011



★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,
liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

Vertragsänderung zur Reform der Europäischen Währungsunion – Schnellschuss oder grundlegende Reform?

"Der Vertrag von Lissabon ist früher als selbst von Kritikern erwartet an Grenzen gestoßen", hielt unser Vorstandsmitglied Christian Bruns treffend in seinem Grußwort zum vorigen Mitgliederbrief im September fest. Nun hat sich das Thema zur zentralen Frage des Europäischen Rates vom 8./9. Dezember entwickelt. Deutschland drängt mit Macht darauf, eine Vertragsänderung anzustoßen. Frankreich hat sich bereit erklärt, auf den Zug aufzuspringen. Die gemeinsame Pariser Erklärung von Merkel und Sarkozy vom 5. Dezember stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner der deutschen Bundeskanzlerin und des französischen Präsidenten dar. Sie umfasst fünf Punkte:

1. In Zukunft sollen erstens Sanktionen für die Verletzung des Stabilitätspaktes in Zukunft nur von einer super-qualifizierten Mehrheit von 85% verhindert werden können.
2. Jedenfalls die 17 Eurostaaten sollen die "goldene Regel", d.h. eine Schuldenbremse in ihre Verfassung einführen. Neuerdings würde dann der EuGH überprüfen können, ob die nationalen Maßnahmen zur Einhaltung unionsweiter Schuldengrenzen ausreichen.

3. Nach wie vor sollen private Gläubiger an Umschuldungsmaßnahmen beteiligt werden – nach Regeln des IWF.
4. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll nicht erst 2013, sondern möglichst schon Ende 2012 seine Tätigkeit aufnehmen.
5. Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten sollen sich einmal im Monat als Euro-Wirtschaftsregierung treffen.

Kurze Zeit später kam ein Warnschuss von Standard & Poors. Angesichts der bestehenden Unsicherheiten werde die Rating-Agentur die Bonität der Staatsanleihen aller Mitglieder der Währungsunion überprüfen. Auch das Rating der Rettungsfazilität ESFS müsse überdacht werden. Stimmen im Europäischen Parlament fügten hinzu, die Erklärung sei enttäuschend, weil sie weder einen Fahrplan für die Einführung von Eurobonds enthalte noch eine Rolle für die Europäische Zentralbank vorsehe. Sämtliche Fraktionen im Abgeordnetenhaus scheinen zudem auf dem Standpunkt zu stehen, dass jede substantielle Vertragsänderung nur durch die Einberufung eines Konvents erfolgen dürfe. Darüber hinaus wächst der Widerstand gegen eine Vertragsänderung bei einigen Regierungen in der Eurozone und den übrigen 10 Mitgliedstaaten. "Wozu das Ganze?", wird gefragt. "Haben wir nicht gerade mit der Verabschiedung des Six-packs die Grundlagen für das europäische Semester und eine verschärfte Aufsicht über Budgetsünder geschaffen?" Und – hat eine Vertragsänderung überhaupt Aussicht auf Erfolg oder wird nicht im Gegenteil eine neue Zitterpartie im Jahr 2012 eingeleitet? Viele



Regierungsberater weisen auch darauf hin, dass jede Vertragsänderung von der britischen Regierung blockiert werden könne. Dann könne die Versuchung steigen, eine Art "Schengen-Vertrag" zwischen den 17 Euro-Ländern zu schließen, womit jede Beteiligung von Kommission und Parlament ausgeschaltet würde. Dies wiederum gelte es, unter allen Umständen zu verhindern.

Die Ausgangslage für den Europäischen Rat ist also schwierig, und es steht sehr viel auf dem Spiel. Viel wird daher von dem Papier des Europäischen Ratspräsidenten abhängen, das er in Absprache mit Kommissionspräsident Barroso und dem Eurozonen-Vorsitzenden Juncker den Staats- und Regierungschefs vorlegen wird. Um die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen, sollte die Notwendigkeit einer Vertragsreform im Grunde bejaht werden. Freilich sollte sich die Ausgestaltung auf das absolut nötige beschränken und keinesfalls die Gemeinschaftsmethode antasten. Für die Zukunft der Union wäre es in der Tat fatal, wenn die Eurozone Spielball der inter-gouvernementalen Regierungsmethode wird, in der die Staats- und Regierungschefs sich allmonatlich in eine Wirtschaftsregierung verwandeln – ohne Verwaltungsunterbau, ohne Vollzugskapazität (die Beschlüsse diverser Europäischer Räte harren zum Teil immer noch der Umsetzung), ohne demokratische Kontrolle durch das Europäische Parlament. Viel sinnvoller erscheint es, sich – zumindest als ersten Schritt – auf die Änderung des Stabilitätspaktes zu konzentrieren – und hier lässt Artikel 126 (14) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bereits heute zu, durch einen einstimmigen Ratsbeschluss das einschlägige Protokoll Nr. 12 zu ändern. Außerdem sollte darüber nachgedacht werden, ob die Koordinierungsbestimmung über die Wirtschaftspolitik in der Eurozone (Artikel 136 TFEU) angepasst werden muss, und wie es sich mit der berühmten "no-bail-out" Klausel (Artikel 125 TFEU) verhält, sollte eines Tages das Thema der Eurobonds doch in der Union mehrheitsfähig werden. Auch damit sind mittelfristig die Probleme der demokratischen Rechen-

schaftslegung nicht völlig ausräumt, und Europa wird sie in nicht zu langer Frist diskutieren und überzeugend beseitigen müssen, wenn der Bürger die EU nicht als weit distanzierte Quelle technokratisch-anonymer, "alternativloser" unantastbarer, aber schmerzhafter Spardiktate und Engriffe in den persönlichen Wohlstand erleben soll – aber besser als die Kabinettsdiplomatie reiner intergouvernementaler Lösungen wäre dieser Ansatz allemal.

Unser Verband hier in Brüssel ist aufgerufen, sich an den Diskussionen in diesen kritischen Wochen und Monaten aktiv zu beteiligen. Mit der Veranstaltung "Europa – quo vadis" vom 7. Dezember haben wir den Auftakt gesetzt (Bericht anbei in diesem Mitgliederbrief). Weitere Veranstaltungen im nächsten Jahr werden folgen. Denn um aus der Krise wirklich eine Chance zu machen, bedarf es auch der Stimmen der europäischen Bürger. Ich würde mich daher freuen, wenn sich vielen von Ihnen an den folgenden Diskussionen beteiligen werden. Um aus einem Schnellschuss eine grundlegende Reform für mehr Europa durch eine demokratische kontrollierte und effiziente Wirtschaftsregierung zu machen, bedarf es einer kritischen Öffentlichkeit, finde ich.

Abschließend darf ich Ihnen trotz (oder gerade wegen) aller Turbulenzen in diesem Jahr einen besinnlichen Jahresausgang wünschen.

Ihr Michael Köhler

★ Die EU steht an einer kritischen Wegmarke von Wolf Klinz MdEP

Der Fall der US-Investmentbank Lehman Brothers und der darauf folgende Zusammenbruch der Finanzmärkte hat gezeigt, wie schnell sich eine anfängliche Liquiditätskrise lokal begrenzt auf die Vereinigten Staaten in eine Finanzkrise mit globalen Ausmaß und aktuell in eine europäische Schuldenkrise entwickeln kann, die die ganze Welt in Atem hält.





Als Reaktion gründete das Europäische Parlament am 7. Oktober 2009 den Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) und erteilte diesem das Mandat, die Ursachen und Folgen der Krise zu prüfen und auszuwerten. Darüber hinaus erhielt der Ausschuss die Aufgabe, geeignete Maßnahmen für den langfristigen Wiederaufbau stabiler Finanzmärkte zu erarbeiten.

Es wurden bereits kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems getroffen. Diese beinhalten die Überarbeitung der Regulierung der Finanzmärkte nach dem Prinzip "alle Akteure, alle Produkte und alle Märkte" müssen angemessen reguliert werden. Die Europäische Union hat im Schnellverfahren europäische Aufsichtsbehörden gegründet und existierende Schlupflöcher in der Gesetzgebung gestopft, um eine Wiederholung der Krise zu vermeiden. Es zeigt sich jedoch ganz klar: trotz gemeinsamer G-20 Verpflichtungen und eng verbundenen Märkten entwickeln sich die transatlantischen Partner auseinander. Ein abgestimmtes Handeln ist aber gerade auf dem Gebiet der Finanzmärkte unabdingbar.

In Bezug auf die Schuldenkrise wurden kurz- als auch mittelfristige Maßnahmen getroffen, um die Ausbreitung der Krise auf weitere Länder der Eurozone zu verhindern und die Architektur des Systems der Währungsunion zu stärken. Bisher haben sich alle ergriffenen vorbeugenden Maßnahmen zur Verhinderung einer zu hohen Staatsverschuldung als wirkungslos erwiesen. Die erwartete Konvergenz der Wettbewerbsfähigkeit der Eurozonenmitglieder ist ausgeblieben, der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde als zahnlos entlarvt und dazu haben die Märkte das von der Politik gepredigte "no bail-out" nicht geglaubt. All dies hat die Krise angeheizt.

Unser Ziel muss die Wiederherstellung des Vertrauens sein und zwar nicht nur in die Märkte, sondern auch in die Mitgliedstaaten, den Nutzen der EU und in das Modell der Sozialen Marktwirtschaft per se. Unsere gemeinsame Währung Euro wird nur dann erfolgreich

sein, wenn wir uns in der Eurozone stärker integrieren.

Die EU steht an einer kritischen Wegmarke: ohne eine schnelle Vertiefung des Integrationsprozesses droht die Gemeinschaft auseinanderzubrechen.

Die folgenden Maßnahmen sind entscheidend, um das Überleben des Euro und der Europäischen Union sicherzustellen: Zuerst muss die Integration vertieft werden. Der gemeinsame Binnenmarkt muss vollendet werden und die Bezeichnung Binnenmarkt auch wirklich verdienen; das umfasst auch den Dienstleistungssektor.

Weiterhin ist es essentiell, dass die EU mit einer Stimme spricht, um in internationalen Foren wie dem IWF und der G-20 ernst genommen zu werden. Dies sollte die Aufgabe eines starken Kommissars sein, der die Funktionen des Kommissars für Wirtschaft und Währung, des Vorsitzenden der Eurozone, des rotierenden und des ständigen Vorsitzenden des Rats übernimmt und die Fiskal- und Wirtschaftspolitiken mit den nationalen Finanzministern koordiniert, deren regelmäßige Sitzungen er auch leitet.

Als dritter Punkt ist ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt erforderlich, mit der nötigen Integration der Sozialsysteme und -politiken. Darüber hinaus steht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU an. Dies könnte durch gemeinsame Infrastrukturprojekte, wie ein europäisches Stromnetz und die Realisierung des Smart Grids, erreicht werden.

Dr. Wolf Klinz, ehemaliger Vorsitzender des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise ist Mitglied des Europäischen Parlaments in der liberalen Fraktion

★ **"Mit mehr Europa aus der Krise": 57. Bundeskongress in Berlin**

Am 26. und 27. November fand der Bundeskongress der EUD in Berlin statt. Auf der Tagesordnung standen vor allem die Neuwahlen des Präsidiums. Neuer Präsident ist der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, der Peter Altmaier nachfolgt. Aus dem Brüsseler Verband werden mit Ralf Bin-



gel und Gabriela Schneider fortan gleich zwei Brüsseler im Präsidium der EUD vertreten sein.

Dem Kongress, der am Samstag mit einer begeisternden Rede des polnischen Botschafters Marek Prawda begonnen hatte, gelang es unter dem Motto "Mit mehr Europa aus der Krise" ein optimistisches Signal in schwierigen Zeiten auszusenden. Dies fand seinen Ausdruck nicht zuletzt in der Verabschiedung des Entwurfes eines neuen Grundsatzprogramms, der im kommenden Jahr auf breiter Basis diskutiert werden soll.

Ein weiterer Höhepunkt war die Verleihung der Europa-Lilie für herausragende europapolitische Leistungen an die "Wirtschaftsweise" Beatrice Weder di Mauro und der Europa-Distel für den größten europapolitischen Fauxpas an die Bild-Zeitung für deren Schmutzkampagne zur Wirtschaftskrise in Griechenland.

Der nächste Bundeskongress wird im folgenden Jahr in Düsseldorf stattfinden.

(Niels Schuster)

★ **Grußwort des neuen Präsidenten**

Liebe Mitglieder und Freunde des Brüsseler Verbandes,



am 26. November dieses Jahres bin ich zum Bundesvorsitzenden der Europa-Union Deutschland gewählt worden. Ich habe mich sehr über das große Vertrauen gefreut, dass mir die Delegierten mit 93% der Stimmen bei dieser Wahl entgegengebracht haben. Zugleich ist es mir eine große Freude, in der Nachfolge meiner verdienstvollen Amtsvorgänger Hans-Gert Pöttering, Elmar Brok und Peter Altmaier, denen ich herzlich für ihr Engagement danken möchte, diese verantwortungsvolle Aufgabe als Präsident der Europa-Union übernehmen zu dürfen.

Diese Aufgabe ist in dieser für Europa schwierigen Zeit auch eine große Herausforderung. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat dazu geführt, dass Europa vor einer großen Bewährungsprobe steht. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sind wir als überzeugte Europäer stärker denn je gefordert, für unser gemeinsames Projekt Europa einzustehen. Über Jahrzehnte hat sich die Europa-Union Deutschland tatkräftig für die Europäische Einigung, die sich auch als ein langwieriger, von Krisen durchzogener Prozess herausstellte, eingesetzt. Mit Blick auf die zentralen Errungenschaften der Europäischen Integration - Frieden, Freiheit und Wohlstand - können wir heute dankbar auf eine beispiellose Erfolgsgeschichte unseres Kontinents nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg zurückblicken. Schaut man auf das Jahr 2011 zurück, dann zeigen uns die mutigen Demonstranten des "Arabischen Frühlings", die ihr Leben für Freiheit und Demokratie riskierten, dass diese Werte keine Selbstverständlichkeit sind. Als Garant dieser fundamentalen Prinzipien können wir Europäer es uns nicht erlauben, in der Welt von heute mit einer schwachen Europäischen Union zu leben. Kein Staat allein kann Lösungen auf globale Probleme wie den Klimawandel und die Bedrohung der Sicherheit durch Terrorismus finden. Kommunikativ-bejahend sollten wir für unser in Vielfalt geeintes Europa eintreten, um eine breite Öffentlichkeit wieder für Europa und seine Werte zu begeistern.

Als Mitglieder des einzigen Auslandsverbandes der Europa-Union in Brüssel fühlen Sie den europäischen Puls direkt und wissen mit Blick auf die Erfolge der Europäischen Union aus eigener Erfahrung, dass es auf unserem Kontinent um mehr als ökonomische Kalkulationen von Kosten und Nutzen gehen muss. Durch meine Arbeit als Vizepräsident und Mitglied des Europäischen Parlaments kennen mich viele europabegeisterte Brüsseler Mitglieder der Europa-Union durch gemeinsame Veranstaltungen persönlich. Sehr gerne habe ich mit Ihnen allen in den vergangenen Jahren zusammengearbeitet. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie meine Arbeit für die



Europa-Union Deutschland weiterhin unterstützend begleiten würden und freue mich sehr auf eine Fortsetzung dieser guten Zusammenarbeit im Dienste Europas!

Mit meinen besten Grüßen und Wünschen für eine besinnliche Adventszeit

Ihr Rainer Wieland

★ Mehr Leidenschaft für Europa!

In seiner Heimatzeitung (Aachener Zeitung vom 30.11.2011) hat der von der SPE für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlamentes nominierte Martin Schulz zu mehr Leidenschaft für Europa aufgerufen. Er legt in diesem Interview eine Analyse vor, woran es „Europa“ derzeit mangelt und weshalb viele Menschen den „Mehrwert“ noch immer nicht, oder angesichts der endlosen Euro-Debatten, nicht mehr sehen. Er kritisiert auch das mangelnde Wissen über die europäischen Institutionen sowie deren Organisation, Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Er hat Recht! Selbst die wichtigsten vier Organe, nämlich die Europäische Kommission, der Ministerrat, der Europäische Rat und das Europäische Parlament (EP), sind kaum bekannt: im November 2011 scheiterte ein Kandidat im RTL-Quiz „Wer wird Millionär?“, weil er den Namen des seinerzeitigen Präsidenten des EP nicht wusste. Und ich würde wetten, er wäre auch an der Frage nach den Namen des halbjährlich wechselnden Ratspräsidenten und des permanenten Präsidenten des Europäischen Rates gescheitert. Vermutlich hätte er nur den Namen des Präsidenten der EU-Kommission gewusst.

In seiner Analyse beschränkt sich Schulz dann aber auf die Wirtschafts- und Währungsunion und die kaum erkennbare gemeinsame Außenpolitik der EU. Dabei erstreckt sich der „Mehrwert“ der EU längst nicht mehr nur auf die Friedenssicherung und den gemeinsamen Binnenmarkt. Die „Väter“ der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben auch frühzeitig darauf geachtet, dass die Umwelt bei allem Wirtschaftswachstum nicht ganz unter die Räder kam. Schon mit ihrem

ersten Umweltaktionsprogramm im Jahr 1973 setzte die EWG wichtige Akzente; Deutschland hatte damals weder ein Bundesnaturschutzgesetz erlassen (dies erfolgte erst 1976) noch ein Bundesumweltministerium gegründet (dies folgte erst 1986 nach der Tschernobyl-Katastrophe). Dass Willy Brandts Traum vom „blauen Himmel über dem Ruhrgebiet“ nicht nur dort, sondern EU-weit Wirklichkeit wurde, ist den vom EU-Gesetzgeber beschlossenen Verordnungen und Richtlinien zu verdanken. Touristen profitieren nicht nur von den in solchen Diskussionen oft bemühten niedrigen Roaming-Tarifen, sondern vor allem von gleich hohen Badegewässerqualitäten an den Stränden von Nord- und Ostsee, Adria, Mittelmeer und Atlantik. Dass heute wieder Lachse im Rhein schwimmen und in Südeuropa weniger Zugvögel geschossen werden, liegt am einheitlichen EU-Umweltrecht. Das europäische Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ mit 26.000 Schutzgebieten auf 18 Prozent der Landfläche der Mitgliedstaaten gilt heute als größtes Schutzgebietsnetz der Welt und weltweites Vorbild. Doch dieser gewaltige „Mehrwert“ für die Bürgerinnen und Bürger Europas wird in den Medien kaum vermittelt, und auch Schulz spricht diese Fakten leider mit keinem Wort an.

Als Parlamentspräsident in spe wird Schulz ab Januar 2012 die einmalige Chance haben, die EU in eine nachhaltige Zukunft zu führen. Es gilt, die die Reformen der für den Erhalt der biologischen Vielfalt so maßgeblichen Politikbereiche wie Haushalts-, Agrar- und Strukturpolitik voranzubringen, statt sie weiter den kurzfristigen nationalen Interessen der Mitgliedstaaten zu überlassen. Aufgrund seiner durch den Lissabon-Vertrag 2009 gewaltig gewachsenen Kompetenzen hat es das Europäische Parlament nunmehr in der Hand, etwa die gemeinsame Agrarpolitik zu reformieren, die immer noch über 40 Prozent des EU-Haushaltes verschlingt, obwohl über 80 Prozent der Europäer die industrielle Agrarindustrie und tierquälerische Massentierhaltung inzwischen ablehnen. Außerdem sollte es die Strukturfonds kritische beäugen aus denen bislang fast 60 Milliarden Euro jährlich in über-

flüssige Autobahnen, überdimensionierte Müllverbrennungsanlagen oder Atom- und Kohlekraftwerke fließen. Selbst die deutsche Ethik-Kommission unter Klaus Töpfer hat im Mai 2011 gefordert, den anachronistischen Euratom-Vertrag aus dem Jahr 1957 zu überarbeiten. Obwohl die Hälfte aller EU-Länder gar keine Atomkraftwerke haben und weitere inzwischen Ausstiegsbeschlüsse gefasst haben (Deutschland, Italien, Belgien), zwingt der Euratom-Vertrag sie alle zur gemeinsamen Subventionierung der Atomindustrie. Und in einigen Mitgliedstaaten werden gar – mit Hilfe deutscher Konzerne (RWE in den Niederlanden und Bulgarien, e.on in Finnland) – neue Atommeiler gebaut. Auch hier vermisste ich bislang ernsthafte Anstrengungen des Europäischen Parlamentes. Es wäre wünschenswert, wenn angesichts des derzeitigen Rückfalls der Mitgliedstaaten in nationale Interessen das Europäische Parlament die momentane Krise als Chance ergreifen würde – damit Konrad Adenauers Vision von den „Vereinigten Staaten von Europa“ doch noch Realität wird!

Claus Mayr, NABU, Brüssel, Direktor Europapolitik und Mitglied der EUD Brüssel

★ Europa quo vadis? - Die Krise als Chance!

Auftakt zu neuer Veranstaltungsreihe der Europa-Union Brüssel

Am Vorabend eines weiteren entscheidenden Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Brüssel diskutierten am 7. Dezember 2011 Mitglieder und Gäste der Europa-Union mit dem Bundestagsabgeordneten Axel Schäfer über mögliche Auswege aus der Krise.

Die von Christian Bruns unter reger Publikumsbeteiligung moderierte Podiumsdiskussion stellte den Auftakt zu einer neuen Veranstaltungsreihe mit dem Titel Europa quo vadis? – Die Krise als Chance! dar, mit welcher die Europa-Union im Jahr 2012 der gegenwärtigen europapolitischen Diskussion ein Forum in Brüssel geben möchte.

Ausgangspunkt ist der Gedanke, dass in der gegenwärtigen Krise eine Chance für die Wei-

terentwicklung Europas liegt, die genutzt werden muss. Bei allen offensichtlichen Risiken, denen sich das europäische Projekt derzeit ausgesetzt sieht, bietet die beispiellose Aufmerksamkeit für europäische Themen in einer breiten Öffentlichkeit zweifellos auch die Gelegenheit für mutige Schritte hin zu einer Stärkung der EU, ihrer Institutionen und Zuständigkeiten.

Über die nächsten Monate wird die EUD Brüssel daher in regelmäßiger Folge mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft auf die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Krise eingehen, ohne dabei jedoch den Blick über den tagespolitischen Tellerrand zu vernachlässigen.



So stand auch die Veranstaltung in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung unter dem Motto des "Blicks nach vorn". Neben den öffentlich diskutierten Ansätzen zur Lösung der akuten Krise wie einer stärkeren Beteiligung der europäischen Zentralbank, der Gründung eines Europäischen Währungsfonds oder den umstrittenen Eurobonds wurden vor allem Themen wie eine mögliche Änderung der Verträge und eine verstärkte Zusammenarbeit integrationswilliger Mitgliedstaaten diskutiert. Dabei war man sich einig, dass ein Zwei-Klassen-Europa in jedem Falle zu vermeiden sei. Vorrangiges Ziel müsse - soweit möglich - das gemeinsame Handeln aller 27 Mitgliedsstaaten sein und auf keinen Fall dürfe einem

Mitgliedsstaat, der zu mehr Europa bereit sei, die Türen hierzu verschlossen bleiben.

Axel Schäfer, der anlässlich einer Reise des Europaausschusses des Bundestages in Brüssel war, schloss die Veranstaltung mit nachdenklichen Tönen zum Verhalten gewisser Medien in Deutschland im Verhältnis zu Griechenland. Hier sei "schlecht mit den Griechen umgegangen worden", was insbesondere angesichts der deutschen Vergangenheit in dem Land auf der Balkanhalbinsel, aber auch im Hinblick auf die beeindruckenden Sparanstrengungen der griechischen Bürgerinnen und Bürger eine Schande sei. Hiermit konnte er sich des Beifalls der Europa-Union gewiss sein, die erst kürzlich der Bild-Zeitung für ihre Schmutzkampagne zu den angeblichen "Pleite-Griechen" die Europadistel für den größten europäischen Fehltritt des Jahres verliehen hatte.

Die lebhafteste Diskussion an diesem Abend hat gezeigt, wie groß das Interesse in Brüssel an einer derartigen Veranstaltungsreihe ist. Das nächste Jahr wird bestimmt ausreichend Stoff für weitere spannende Diskussionen bereithalten.

Niels Schuster

★ 10 Fragen an... Anna Echterhoff

Unter dieser Rubrik stellen wir jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel, um sie vorzustellen.

1. Tätigkeit:

Rechtsberaterin für institutionelle und soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE)

2. In Brüssel seit: ... insgesamt seit 2009, zunächst als Leiterin des Europabüros der sächsischen Kommunen.

3. In meiner Freizeit: tausche ich mich gern mit meinen Freunden und Bekannten aus, engagiere mich ehrenamtlich und lese gerne.

4. Man trifft mich bei (Lieblingsrestaurant o.ä.): ... in einem der unzähligen, wirklich netten kleinen Restaurants hier in Brüssel oder rund um den Place Flagey.

5. Mein Geheimtipp in Brüssel: ... die Stadt mit dem Fahrrad erleben!

6. Meine Buchempfehlung: Es gibt so viele gute Bücher... gefallen hat mir jüngst das Buch von Susanne Schmidt „Markt ohne Moral – Das Versagen der internationalen Finanzelite“, in welchem sie offen und schonungslos mit ihrem Berufsstand ins Gericht geht.

7. Zitat oder Motto: ... „*Work, live: time together*“, das ist das Motto der [Europäischen Sonntagsallianz](#), in der ich seit 2011 mitarbeite. Persönlich teile ich dieses Anliegen, weil ich denke, dass ein arbeitsfreier Sonntag sowie angemessene Arbeitszeiten mit Blick auf ihre Bedeutung für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie für die Zivilgesellschaft insgesamt (z.B. das ehrenamtliche Engagement) wichtig sind, wobei dem Sonntag zudem noch in spiritueller Hinsicht eine besondere Bedeutung für viele Menschen zukommt. Leben ist mehr als Arbeit, Produktion und Geld verdienen!



8. Europa bedeutet für mich: ...in erster Linie ein großes Friedensprojekt!

9. Bei der Europa-Union bin ich dabei:

... um zusammen mit Gleichgesinnten daran zu mitzuarbeiten, den Menschen den Gedanken der Europäischen Integration zu kommunizieren und näherzubringen. Nicht selten habe ich leider die Erfahrung machen müssen, dass Europa noch nicht wirklich in den Köpfen der Menschen angekommen ist und Brüssel ziemlich weit weg für sie ist.

10. Was bringt 2012?

Es ist wahrlich schwer, in dieser krisenbewegten Zeit eine Prognose abzugeben, soweit prognostizieren an sich überhaupt möglich ist. Ich hoffe und wünsche mir für 2012, dass wir Europäer in dieser schwierigen Zeit zusammenstehen und von gegenseitigen Schuldzuweisungen Abstand nehmen und stattdessen gemeinsam Verantwortung bei der Lösungsfindung übernehmen, wobei klar ist, dass es endlich einer Langzeitperspektive zur Überwindung der Krise bedarf. Die Finanz- und Schuldenkrise darf keine Krise der Europäischen Institutionen oder des Europäischen Projekts werden!

★ Mitteilungen des Schatzmeisters

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung im Juli wurden auch die Beitragsrechnungen für das Jahr 2011 versandt. Falls Sie Ihren Beitrag für das vergangene Jahr 2010 und auch für das laufende Jahr noch nicht ent-

richtet haben, bitten wir Sie um umgehende Begleichung auf u.a. Konto.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.

Verband Brüssel

Tel: 02 28-31587 · Fax: 02 791 5795

E-Mail: info@eud-bruessel.eu

www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Frank Hoffmeister, Georg Becker

Bankverbindung:

Konto: 363-0201214-76 (ING)

IBAN: BE91 3630 2012 1476

BIC: BBRUBEBB

Redaktionsschluss: 09.12.2011

Der Vorstand der Europa-Union Deutschland Verband
Brüssel wünscht Ihnen ein frohes und besinnliches
Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2012 !

